



Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen für die Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid am 15.03.2010

Schon seit vielen Jahren beklagen alle Ratsfraktionen das große strukturelle Defizit, das den Haushalt der Stadt Lüdenscheid ständig belastet. Aufgabenkritik und Verwaltungsmodernisierung wurden in unterschiedlichen Ausprägungen immer wieder gefordert.

Die Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90 / Die Grünen möchten nun den Worten Taten folgen lassen und stellen daher für die Ratssitzung am 15. März 2010 folgenden Antrag:

1.

Im Stellenplan 2010 werden kw-Vermerke bei allen Planstellen angebracht, deren derzeitige Planstelleninhaber(innen) in 2011 altersbedingt ausscheiden. Ausgenommen hiervon sind lediglich die Planstellen im Einsatzdienst der Feuer- und Rettungswache sowie für die gesetzlich vorgeschriebene Mindestbesetzung im Bereich der Kindertageseinrichtungen.

Bei darüber hinaus unterjährig freiwerdenden Stellen darf der Verwaltungsvorstand einer vorzeitigen Wiederbesetzung (also Ausnahme von der einjährigen Wiederbesetzungssperre im HSK) erst nach vorhergehender Unterrichtung des Hauptausschusses zustimmen.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.06.2010 eine Übersicht über befristete Beschäftigungsverhältnisse und Praktikumsplätze einschließlich des jeweiligen Endedatums und der damit verbundenen finanziellen Belastung zu erstellen. Sofern seitens der Verwaltung die Fortführung für notwendig erachtet wird, ist dies zu erläutern.

3.

Die Verwaltung wird beauftragt, die im Gutachten von Horváth & Partners vorgeschlagene Veränderung der Aufbaustruktur (Fachbereichsmodell) zu konkretisieren und bis spätestens 30.06.2010 den Fraktionen und übrigen Ratsmitgliedern zur Vorbereitung zur Verfügung zu stellen.

4.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verselbständigung der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) in Richtung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zum 01.01.2012 vorzubereiten. Im III. Quartal 2010 ist dem Hauptausschuss über den Sachstand zu berichten.

5.

Die Verwaltung wird beauftragt, erste Überlegungen zu einer möglichen Verselbständigung des Kulturhauses vor der Sommerpause 2010 im Hauptausschuss vorzustellen.